

# MAGAZIN

## ZUR ZEIT

LÜTZERATH KANN BLEIBEN

WILDE WISENTE IN NRW

## BUNDaktiv

VERBANDSKLAGEN

VORSTAND GEWÄHLT

## VERKEHRSWENDE

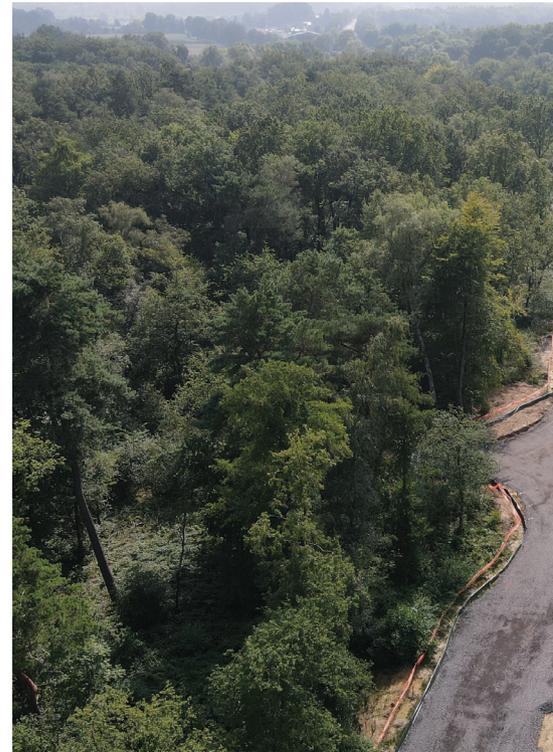
WARTEN AUF DEN GROSSEN WURF

STREIT UM ICE-TRASSE



MOBILITÄT

# WO BLEIBT DIE WENDE?



**STEPHAN BAUR**

ist Referent für zukunftsfähige  
Mobilität

Mehr Mut bei der Mobilitätswende wünscht sich der BUND. Doch die Politik handelt nur zögerlich bis gar nicht. Ein grundsätzlicher Paradigmenwechsel ist nicht in Sicht.

In der Verkehrspolitik der vergangenen Jahrzehnte hat sich wenig bewegt. Insbesondere im Hinblick auf den Klimaschutz hat die Verkehrspolitik einen immensen Aufholbedarf. Nicht zuletzt das viel zitierte Klimaurteil des Bundesverfassungsgericht aus dem Jahr 2021 legte hier die Defizite offen. Das Sofortprogramm des Bundesverkehrsministeriums zur Erreichung der Klima-

**schutzziele belegt die Ratlosigkeit. Eine Überprüfung der Maßnahmen wurde seitens des Sachverständigenrats der Bundesregierung aufgrund von mangelnder Ernsthaftigkeit nicht zu Ende geführt.**

Unzählige BUND-Initiativen kämpfen landes- und bundesweit gegen den Neu- und Ausbauwahnsinn. Mindestens bis zum Abschluss der anstehenden Bedarfsplanüberprüfung brauchen wir ein Straßenbaumoratorium und damit eine Fokussierung auf den Infrastrukturerhalt. Die Rahmedetalbrücke an der A45, deren Sperrung eine ganze Region in Atem hält, steht hier sinnbildlich für die Versäumnisse der Vergangenheit. Die Prioritäten sind eindeutig falsch gesetzt. Mit der anstehenden Überprüfung des Bundesverkehrswegeplans bietet sich nun die Chance die Versäumnisse der Vergangenheit insbesondere im Hinblick auf den Klimaschutz zu korrigieren. Wir als BUND kämpfen für ein echtes Mitspracherecht der Umweltverbände.

Die neue schwarz-grüne Koalition im Land kündigt ebenfalls an den Landesstraßenbedarfsplan zu überarbeiten. In beiden Fällen, Bundes- und Landesverkehrsplanung, müssen klare Kriterien ausgearbeitet werden, die Klimaschutz-

und Umweltbelange in den Vordergrund stellen und eine ehrliche Kosten-Nutzen-Rechnung erlauben. Ziel muss es sein, dass alle Neu- und Ausbauprojekte gestoppt werden, um Klima-, Flächen und Umweltziele erreichen zu können – hier stehen wir gemeinsam mit dem Bündnis der Verkehrsinitiativen im Austausch mit dem Landesverkehrsminister.

## **PLANUNGSBESCHLEUNIGUNG - ABER RICHTIG!**

Im Zusammenhang mit dem Ausbau und der Modernisierung von Infrastrukturvorhaben wird vermehrt nach Planungsbeschleunigungen insbesondere zu Lasten von Beteiligungsverfahren gerufen. Aber das darf es nicht geben. Naturschutz- und Umweltrecht sind in Zeiten des Klimawandels wichtige Eckpfeiler naturverträglicher Entwicklung. Für den BUND ist ein solcher Wegfall keine Option. Dies bekräftigen zwei aktuelle Klagen gegen beschleunigte Verfahrensweisen beim Autobahnausbau (A3 und A45).

Wir sehen Beschleunigungspotenziale insbesondere in einer Fokussierung auf den Erhalt der bestehenden Infrastruktur und damit in der Reduzierung von Verfah-



Foto: Dirk Jansen

Straßenbauvorhaben wie die B 474n müssen endlich der Vergangenheit angehören.



Foto: BUND Oberhausen

Die BUND Kreisgruppe Oberhausen kämpft für den Erhalt des Sterkrader Waldes und gegen den A3-Ausbau.

ren. Es gilt Kapazitäten effektiv zu nutzen. Die Erhöhung personeller Kapazitäten in Verbindung mit der Geschwindigkeit von Verwaltungsverfahren muss als weitere Beschleunigungsmaßnahme priorisiert werden. Auch die Digitalisierung von Verfahren könnte einen Beitrag leisten. Unsere Forderungen haben wir in Gesprächen mit dem Fernstraßenbundesamt platziert.

### SOZIALVERTRÄGLICHE MOBILITÄTSWENDE

Gemeinsam mit dem SoVD und dem Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende, setzen wir uns für für einen bedarfsgerechten, barrierefreien und bezahlbaren ÖPNV ein. Mit dem 9-Euro-Ticket wurde erstmalig ein Erfolg für eine nachhaltige und sozialverträgliche Verkehrswende erzielt. Die Effekte wären mit dem Verzicht auf den Tankrabatt noch deutlicher zu spüren gewesen. Gerade Geringverdienende haben an Mobilität gewonnen. Knapp 10 Prozent haben sich dazu bewegen lassen das Auto stehen zu lassen -ein echter Beitrag zum Klimaschutz und für eine soziale Entlastung. Nun haben sich die Verkehrsminister auf ein 49 Euro-Ticket geeinigt. Ein Kompro-

miss der Verkehrsminister – nicht mehr und nicht weniger. Der BUND fordert nach wie vor ein 29 Euro-Ticket bzw. ein 365 Euro-Ticket – denn eins ist klar: auch 49 Euro kann sich nicht jeder leisten.

Mit dem neuen Ticket muss aber auch das Angebot insbesondere im ländlichen Raum mitwachsen und die Investitionen in den Schienenpersonennahverkehr müssen erhöht werden. Gleichzeitig muss auch die Barrierefreiheit weiter gefördert werden. Die Landesregierung darf sich bei der Finanzierung nicht allein auf die Regionalisierungsmittel des Bundes stützen, sie muss selber die Mittel für den ÖPNV erhöhen.

### UMVERTEILUNG STATT NEUBAU

Mit dem Aktionsbündnis Verkehrswende haben wir am 8. Mai 2022 für eine echte Verkehrswende demonstriert. Viele unsere Forderungen (aber nicht alle) finden sich im schwarz-grünen Koalitionsvertrag wieder, aber eins ist klar: Wir müssen weiter für eine echte Verkehrswende kämpfen.

Die Verkehrswende braucht Mut, eine klare Fokussierung auf den Umweltverbund und damit einen wirklichen Paradigmen-

wechsel, ansonsten werden wir das System 'Verkehr' nicht verändern. Dazu gehört auch, den öffentlichen Raum neu zu verteilen und insbesondere dem Rad- und Fußverkehr mehr Raum zuzusprechen. Damit gewinnen wir nicht nur mehr für den Klimaschutz, sondern schaffen Städte für Menschen. Wir müssen hinkommen zu einer Mobilitätspolitik, die die Verkehrsträger zusammendenkt und damit eine umweltfreundliche, bezahlbare und günstige Mobilität für alle ermöglicht. Es ist jetzt wichtig, die richtigen Entscheidungen für die Zukunft zu treffen.



# STREIT UM ICE-TRASSE

## DEUTSCHE BAHN IM NEUBAUWAHN



Von wegen Klimaschützer: Die geplante Hochgeschwindigkeitstrasse wäre klimapolitisch kein Gewinn.

Im Sinne des Deutschland-Taktes, der alle zentralen Knotenpunkte der Bundesrepublik innerhalb von 30 Minuten verbinden soll, ist ein Neubau der Strecke Hannover-Bielefeld geplant. Ein breites Bündnis aus Naturschutzverbänden und Initiativen der Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen kämpft gegen den Neubau. Der Grund: es gibt bereits eine bestehende Trasse, deren Leistungsfähigkeit durch eine Sanierung deutlich erhöht werden könnte und einen Neubau auf der grünen Wiese obsolet machen würde. Jürgen Birtsch, Vorstandsmitglied der Kreisgruppe Bielefeld erläutert die Gründe für den Protest.

**Der BUND ist für die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene. Der Neubau der Strecke Hannover-Bielefeld steht indes bei den Umweltverbänden stark in der Kritik, wieso?**

Der Neubau der ICE-Trasse führt zu massiven Eingriffen in Natur, Landschaft, Klima und die hier lebenden Menschen. Diese Höchstgeschwindigkeitstrasse aus Beton würde je nach Planungsvariante 14 Tunnelbauwerke und bis zu acht Viadukte nach sich ziehen. Solche ressourcenintensive Maßnahmen sind in Zeiten des Klimawandels nicht zeitgemäß. Die bestehende Trasse und auch vernachlässigte Nebenstrecken müssen ausgebaut werden, um die Bahn zeitnah für Personen- und Güterverkehr leistungs- und zukunftsfähig zu machen. Der Ausbau würde die angestrebten 31 Minuten des Deutschlandtaktes lediglich um 10 Minuten verlängern, aber mehr als die Hälfte an Kosten einsparen.

**Wie funktioniert die Beteiligung im Rahmen des Planungsverfahrens und wie ist die Dialogbereitschaft der handelnden Akteure?**

Die Bahn wirbt mit Dialogprozessen auf Augenhöhe, es fehlt aber an Ernsthaftig-



JÜRGEN BIRTSCHE

keit und echten Beteiligungswillen. Unsere Vorschläge werden durch das Planungsteam teils verworfen oder so verwässert, dass sie nicht zustimmungsfähig sind. Trotz unabhängiger Gutachten, werden unsere Argumente nicht gehört. Wir erwarten ernst gemeinte Beteiligungsverfahren, in denen die Naturschutzverbände gehört, Vorschläge abgebildet und alle Argumente ernsthaft abgewogen werden. Durch die Weigerung einer ernsthaften Beteiligung ist der Dialogprozess aktuell zum Scheitern verurteilt.

**Welche Alternativen gibt es und wo könnten die Mittel und Gelder für den Ausbau der Bahn besser eingesetzt werden – Stichwort „Klimabahn“?**

Ein Taktfahrplan und eine Fahrzeitbeschleunigung sind mit einem erforderlichen intelligenten Ausbau von 200 bis 230 km/h entlang der Bestandsstrecke wesentlich günstiger zu erreichen. Gleichzeitig würden die Kapazitäten im Personen- und Güterverkehr deutlich erhöht werden. Ein Planungskonsens zwischen allen beteiligten gesellschaftlichen Gruppen könnte so deutlich schneller erreicht werden. Ein Beharren auf dem Deutschlandtakt und einer daraus resultierenden Höchstgeschwindigkeit von 300 km/h ist zum Scheitern verurteilt. Zudem muss die Klimarelevanz von Neu- und Ausbauprojekten transparent dargestellt werden. Wir fordern den Paradigmenwechsel - weg von der Planung einer Superhochgeschwindigkeitsstrecke, hin zu einer kosten- und energieeffizienten, schnellen und zuverlässigen Bahn, die flächendeckend angebunden ist.



### MEHR ZUM THEMA

<https://bielefeld.bund.net/themen-und-projekte/ice-trasse-bielefeld-hannover>



Foto: Arend Dechow

Die Landesregierung will Lützerath abbaggern und weitere 280 Millionen Tonnen Braunkohle fördern.



Foto: Christoph Schinüll

Am 23. September demonstrierten der BUND und 3.000 Menschen mit einer symbolischen Sitzblockade vor der NRW-Wirtschaftsministerium gegen die drohende Zerstörung Lützeraths.

# LÜTZERATH KANN BLEIBEN

Der Hinterzimmer-Deal mit RWE empört die Klimabewegung. Der Kohleausstieg bis 2030 kommt, aber das Klima profitiert davon nur bedingt.

**Der BUND fordert die Regierungen in Bund und Land auf, die mit RWE getroffene Vereinbarung zum Kohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier so nicht umzusetzen. Diese sieht vor, noch mehr Kohle zu fördern, als es die Klimaschutzziele zulassen. Zudem soll das Garzweiler-Dorf Lützerath zerstört werden.**

Die etwa 80 Delegierten auf der Jahreshauptversammlung am 23. Oktober in Düsseldorf verabschiedeten einstimmig einen Antrag, in dem Mona Neubaur und Robert Habeck aufgefordert werden, stattdessen die Kohleförderung im Braunkohlentagebau Garzweiler auf ein mit den Klimaschutzziele zu vereinbarendes Maß zu reduzieren. Die bestehenden Optionen für alternative Tagebaunachfolge-Planungen zur Verringerung der Zerstörung wertvollen Kulturlandes müssten zudem in einem transparenten und ergebnisoffenen Verfahren ermittelt werden. „Die 1,5 Grad-Linie verläuft vor Lützerath. Deshalb darf keine Genehmigung des Hauptbetriebsplans für die Jahre 2023 bis 2025

erfolgen, die eine Zerstörung Lützeraths vorsieht. Eine Räumung Lützeraths muss ausgeschlossen werden, da ansonsten die Wiederherstellung des sozialen Friedens in der Region verhindert wird“, heißt es in dem Beschluss. Gleichzeitig kündigte der BUND weiteren friedlichen aber konsequenten Widerstand an.

Die Delegierten kritisierten heftig die in einem „Hinterzimmer-Deal“ ausgehandelte Vereinbarung mit RWE. Diese trotz der Festschreibung eines zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von 280 Millionen Tonnen als „Meilenstein für den Klimaschutz in Deutschland und Nordrhein-Westfalen“ zu feiern, werde den klimaschutzpolitischen Herausforderungen nicht gerecht. Es sei auch nicht nachvollziehbar, warum Hinweise der Regierungs-Gutachter zur Verringerung der Flächenzerstörung zur Massengewinnung für Rekultivierungszwecke missachtet wurden. So hatten die Gutachter vorgeschlagen, darauf zu verzichten, das östliche Garzweiler-Restloch vollständig zu verfüllen und anstelle von

Gewerbeflächen ökologisch hochwertige Biotopflächen zuzulassen. Dadurch könnte die Zerstörung von 100 Hektar alten Kulturlandes vermieden werden.

Die lange vom BUND geforderte und jetzt mit vereinbarte Rücküberführung des Hambacher Waldes in öffentliche Hand wird begrüßt. Allerdings entfaltet sie als Bestandteil eines gesamtheitlichen Biotopverbundes nur dann die erhoffte Wirkung, wenn die bestehenden ökologischen Verbindungsstrukturen zwischen „Hambi“ und dem FFH-Gebiet Steinheide erhalten bleiben, die „Manheimer Bucht“ deutlich verkleinert wird und weitere indirekte Schädigungen des Waldes unterbleiben. Entsprechende Forderungen wurden an die Landesregierung übergeben.



## MEHR INFOS

[www.bund-nrw.de/braunkohle](http://www.bund-nrw.de/braunkohle)

Dort finden Sie auch den kompletten Lützerath-Beschluss der BUND-Landesdelegiertenversammlung 2022.

## KAMPF GEGEN NATURZERSTÖRUNG

# LETZTES MITTEL: VERBANDSKLAGEN

Wo kein Kläger, da kein Richter. Deshalb bringt der BUND als "Anwalt der Natur" ausgewählte rechtswidrige Planungen vor den Kadi.



Drei Jahre kämpfte BUND-Aktivist Heinrich Bergmann gegen die Bebauung eines Waldstücks in Erwitte - mit Erfolg.

**D**er Flächenfraß und die Naturzerstörung gehen scheinbar ungebremst weiter. Wenn die Politik versagt und Behörden schludern, bleibt als Ultima Ratio der Gang vor Gericht. Immer häufiger muss der BUND dabei auch Klagen gegen rechtswidrige Bebauungspläne führen. Und meistens sind diese auch erfolgreich. Ob Genehmigungsverfahren von Braunkohlentagebauen, Kohlekraftwerken oder Abfalldeponien, ob Befreiungen vom Landschaftsschutz oder Straßenbaugenehmigungen - als einem nach dem Landesnaturschutzgesetz und dem Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz anerkanntem Naturschutzverband stehen dem BUND in Nordrhein-Westfalen bestimmte Beteiligungs- und Klagerechte zu, die andere Vereine nicht haben. In den wenigsten Verfahren kommt es aber zu einer Auseinandersetzung vor Gericht. Der BUND arbeitet immer zuerst auf einvernehmliche Lösungen zugunsten der Natur hin. Scheitern solche, bleibt in ausgewählten Fällen nur der Klageweg. In zunehmendem Maße muss der BUND dabei Beschwerden gegen rechtswidrige Bebauungspläne einlegen.

## ERFOLG IN ERWITTE

So auch in Erwitte. Der BUND-Normenkontrollantrag richtete sich gegen die Bebauung in einem vom Borkenkäfer dahin gerafften Waldareal unmittelbar angrenzend an ein Fauna-Flora-Habitat-Gebiet (FFH-Gebiet). Die Richter\*innen des Oberverwaltungsgerichts in Münster folgten der Beschwerde und hoben den Bebauungsplan auf. Begründung: Der Bebauungsplan weise durchgreifende formelle Mängel auf und sei grundlegend formell fehlerhaft. Bemängelt wurde insbesondere, dass keine vertiefende Umweltprüfung erfolgte, obwohl der Bereich an das FFH-Gebiet sowie ein Vogelschutzgebiet angrenzt. Schon jetzt hat sich die Fläche auf natürliche Weise erholt und entwickelt sich ökologisch vorteilhaft. Ein toller Erfolg von Heinrich Bergmann und seinen Mitstreiter\*innen der BUND-Ortgruppe Lippstadt/Erwitte.

## MIT ALLEN TRICKS

Auch in Bielefeld kämpft der BUND juristisch gegen die Zerstörung wertvollen Freiraums durch den Bau einer großen Reitsportanlage in einem Landschafts-

schutzgebiet und erreichte einen Baustopp (s. *BUNDmagazin* 4/21).

Trotzdem setzte die Vorhabensträgerin die Bauarbeiten für ihre Reitsportanlage kaltschnäuzig fort. Und die Stadt Bielefeld ließ es erst einmal geschehen. Nach weiteren Protesten, diversen Berichten in den lokalen Medien und einer hanebüchernen Verleumdungskampagne gegen die örtlichen BUND-Aktivisten um Adalbert Niemeyer-Lüllwitz wurde die Rechtmäßigkeit der Baustellenstilllegung erneut bestätigt, der Eilantrag der Bauherrin gegen die Stilllegungsverfügung der Stadt Bielefeld scheiterte.

Das Beispiel zeigt: Beim Einsatz als "Anwalt der Natur" sehen sich die BUND-Aktiven häufig Anfeindungen ausgesetzt. Aber solche Klagen sind unerlässlich, um den bestehenden rechtlichen Vorschriften Geltung zu verschaffen. Ansonsten gilt das Motto "wo kein Kläger, da kein Richter" und im Endergebnis schwindet unser Freiraum immer weiter.



**MEHR ZUM THEMA**

[www.bund-nrw.de/verbandsklagen](http://www.bund-nrw.de/verbandsklagen)

WISENTE IN NRW

# GEKOMMEN, UM ZU BLEIBEN



Die Wisentherde durchstreift das Rothaargebirge.

**S**eit 2013 leben inzwischen wieder 25 wilde Wisente in NRW – das einzige Wiederansiedlungsprojekt der im Mittelalter ausgerotteten Rinderart Westeuropas. Seit sie nun auch offiziell wieder wild lebend sind, muss Umweltminister Oliver Krischer die Zukunft der Tiere sichern.

Forstbesitzer aus dem benachbarten Schmallenberg hatten das Projekt seit Jahren mit einer Klage torpediert. Obwohl sie vom Wisent-Welt Wittgenstein e.V., dem Trägerverein des Wiederansiedlungsprojekts, für die „Beschädigung“ von Bäumen entschädigt wurden und zahlreiche Maßnahmen ergriffen worden waren, um die Wisente aus den betreffenden Grundstücken herauszuhalten, hielten sie ihren juristischen Widerstand offenbar aus ideologischen Gründen aufrecht.

## "HERRENLOSE" HERDE

Dies führte letztlich dazu, dass das Oberlandesgericht Hamm den Trägerverein dazu verpflichtete, weitere „geeignete Maßnahmen“ zum Fernhalten der Tiere zu ergreifen. Weil der Trägerverein mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein und der Bezirksregierung Arnsberg keine Einigung über die Zukunft der freilebenden Tiere erzielen konnte, kündigte dieser nun den öffentlich-rechtlichen Vertrag und erklärte die Wisente für herrenlos. Damit gehören sie, wie alle wild lebenden Tiere, niemandem mehr und fallen in die Zuständigkeit der Naturschutzbehörden, allen voran der-

jenigen des Landes.

Wisente gehören als eine der größten und schwersten heimischen Tierarten zu den „key stone species“: Sie sind in unseren Ökosystemen Schlüsselarten, von welchen Nahrungsnetze und ein Teil der biologischen Vielfalt abhängig sind. Gerade Huftierarten spielen zudem als Vektoren für die Vernetzung von Tier- und Pflanzenpopulationen eine entscheidende Rolle.

## VORZEIGEPROJEKT

Das Projekt gehört nicht nur international zu den Vorzeigeprojekten des Naturschutzes, auch die Region steht weitgehend dahinter. Denn die Wisente sind längst eine Attraktion und bringen Wertschöpfung in den Landstrich. Viele Millionen Fördergelder sind über die lange Laufzeit

in das Projekt und in die Region geflossen.

„Der Umweltminister muss seine höhere Naturschutzbehörde anweisen, das Projekt nicht weiter zu sabotieren und im Gegenteil wieder konstruktiv mitzuarbeiten. Hierzu zählt auch die Einstellung von Haushaltsmitteln, über die gegebenenfalls Forstbesitzer auf Antrag Entschädigungen erhalten können“, sagt der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht.

Da der Wisent streng geschützt ist, besteht über den Fortbestand der Population eigentlich kein Zweifel. Aber wie der Fall des Westerwälder Bullen zeigte, sind die Tiere durch kriminelle Jäger latent gefährdet. Das Tier war in 2020 von der Herde abgewandert und im Sommer dieses Jahres schwerkrank aufgefunden worden, sodass es vor Ort mit Genehmigung erschossen wurde. Bei der Obduktion hatte sich herausgestellt, dass das Tier Monate zuvor angeschossen worden war und letztlich daran gestorben wäre.

Natürlich gibt es zahlreiche andere Schutzgebiete in öffentlicher Hand, die sich für Wisente eignen und Ausweichrefugien sein könnten. Der Nationalpark Eifel, Wahner Heide-Königsforst, die Münsterländer Heidemoore oder auch die Senne sind die prominentesten. Doch muss es hier das Ziel sein, eigene Wiederansiedlungen zu initiieren, damit wieder ein Netz sich gegenseitig austauschender Populationen und eine langfristig überlebensfähige Meta-Population entstehen kann.



**"Die höhere Naturschutzbehörde darf das Projekt nicht länger sabotieren!"**

Holger Sticht  
Landesvorsitzender



Der neue BUND-Landesvorstand (v.l.n.r.): Götz-Reinhardt Lederer, Achim Hertzke, Kerstin Ciesla, Holger Sticht, Adalbert Niemeyer-Lüllwitz, Thomas Krämerkämper und Klaus Brunsmeier. Nicht im Bild: Mechthild Kaub.

## NEUER LANDESVORSTAND

**Die Landesdelegiertenversammlung des BUND NRW hat am 23. Oktober in Düsseldorf einen neuen Landesvorstand gewählt.**

Holger Sticht bleibt für weitere drei Jahre Landeschef. Die BUND-Landesdelegiertenversammlung in Düsseldorf bestätigte den 51-jährigen Kölner mit großer Mehrheit in seinem Amt. Mit seiner Wiederwahl geht Sticht in seine vierte Amtszeit als Landesvorsitzender. Erneut zu einem seiner Stellvertreter gewählt wurde Thomas Krämerkämper (Castrop-Rauxel). Neu im geschäftsführenden Vorstand ist Mechthild Kaub (Köln), die ebenfalls zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde. Im Amt bestätigt wurde auch der langjährige Schatzmeister Klaus Brunsmeier (Halver). Beisitzer\*innen im Vorstand sind Kerstin Ciesla (Duisburg), Achim Hertzke (Gütersloh), Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (Bielefeld) und Götz-Reinhardt Lederer (Mettmann).

„Wir werden weiterhin ein kritisch-konstruktiver Begleiter der Landespolitik sein und werden wo immer nötig auch unbequem bleiben und das ökologisch Notwendige laut einfordern“, kündigte Sticht an. „Trotz grüner Regierungsbeteiligung erleben wir eine kleine Renaissance von Kohle und Atom. Deshalb braucht es eine starke und unabhängige Umweltbewegung.“

Mit Landesumweltminister Oliver Krischer diskutierten die Delegierten Wege zur Bewältigung der Wasserkrise. Krischer kündigte an, sich für eine beschleunigte Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie einsetzen zu wollen. Wir müssten von der Entwässerungs- zur Schwammlandschaft kommen und wo immer möglich Wasser speichern, um gegen Dürren, Starkregen und Hochwasser besser gewappnet zu sein. Grundsätzlich, so der Minister, müssten wir beim Gewässerschutz "auf einen ganz anderen Level kommen".

### IMPRESSUM

**Herausgeber:** Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vertreten durch Holger Sticht, Vorsitzender, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211-30 200 5-0, Fax -26, www.bund-nrw.de • **Redaktion und Layout:** Dirk Jansen, Geschäftsleiter, Tel. 0211-30 200 522, dirk.jansen@bund.net • **Auflage:** 24.000 • **Druck und Versand:** Evers-Druck GmbH, Meldorf • **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFSWDE33XXX, Konto: DE26 3702 0500 0008 2047 00 • **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. Das BUND-Magazin erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 31.12.2022. © BUND NRW e.V., November 2022

## LESE-TIPP

### BUND NRW Jahresbericht 2021

Die verheerende Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 legte schonungslos die Fehler der Vergangenheit offen, die der BUND immer wieder angeprangert hatte: einbetonierte Bäche und Flüsse, versiegelte Retentionsräume und entwässerte Wälder. Auch die Sommerdürren zeigten eindrücklich, dass die wichtigste Aufgabe der Klimaanpassung sein wird, Entwässerung rückgängig zu machen und wieder überall auf natürlichem Wege Wasser in der Fläche zu halten. In den vielen kleinen und großen Gebieten, die der BUND betreut oder mit seiner Naturschutzstiftung gesichert hat, machen wir ständig vor, wie es geht.

Dass der Kohleausstieg in 2030 in greifbare Nähe gerückt ist, ist nicht zuletzt dem Engagement des BUND zu verdanken - auch in 2021 konnten wir dazu wichtige Erfolge verbuchen.

Das alles ist nur möglich, dank unserer Mitglieder und Aktiven, die Tag für Tag für mehr Natur- und Umweltschutz eintreten. Einen kleinen Ausschnitt der Themenvielfalt und Erfolge haben wir im Jahresbericht 2021 zusammen gefasst.



#### DOWNLOAD

[www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de)

Bezug von Einzelexemplaren:  
[bund.nrw@bund.net](mailto:bund.nrw@bund.net)



[www.twitter.com/bund\\_nrw](https://www.twitter.com/bund_nrw)



**BUND NRW e.V.** @bund\_nrw · 22. Okt.

In Düsseldorf ist der Demozug #solidarischerHerbst in Bewegung. Mit zahlreichen Menschen und Organisation fordern wir den Ausstieg aus fossilen Abhängigkeiten und zielgerichtete Entlastungen für alle die es dringend brauchen! Klimaschutz & soziale Sicherheit gehen nur gemeinsam!



**Auf Twitter halten wir Sie auf dem Laufenden!  
Werden Sie BUND-Follower!**